

## Europa am Scheideweg: Die Sicherheits- und Verteidigungspolitik braucht deutsch-französische Initiativen

*Ein Text der Deutsch-französischen Reflexionsgruppe (November 2015)*

Außenpolitik bestimmt in diesen Tagen die Agenda in Brüssel. Die Zeiten, in denen sich die Europäische Union (EU) und ihre Mitgliedstaaten von einem „Ring aus Freunden“ umgeben sahen und ihre politische Aufmerksamkeit hauptsächlich auf die Weiterentwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion und den Verbleib Griechenlands im Euro richten konnten, sind vorüber. Nach der Ukrainekrise, dem Atomdeal mit dem Iran und dem Kampf gegen den Islamischen Staat (IS) gibt die Flüchtlingskrise den Takt der EU-Sondergipfel vor. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen unterstreichen die 28 Mitgliedstaaten die Notwendigkeit, die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU zu stärken.

### **Deutsch-französische Führungsrolle in der Außenpolitik**

Frankreich und Deutschland bleiben unverändert Schlüsselakteure der europäischen Sicherheitspolitik, im Atlantischen Bündnis sowie an der Seite anderer Verbündeter wie den USA und dem Vereinigten Königreich. Die deutsch-französische Verständigung spielt eine entscheidende Rolle sowohl für das strategische Gleichgewicht des europäischen Kontinents als auch für die Weiterentwicklung des Einigungsprozesses der EU.

Als Bundeskanzlerin Angela Merkel und Staatspräsident François Hollande bei ihrem gemeinsamen Auftritt vor dem Europäischen Parlament am 7. Oktober 2015 „mehr Europa“ bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise forderten, entsprachen sie damit dem ursprünglichen Geist der deutsch-französischen Ver-

ständigung. Beide stimmten darin überein, dass es eines entschlossenen Beitrags Europas „beim Kampf gegen Krieg und Vertreibung, Terrorismus und politische Verfolgung, gegen Armut und Perspektivlosigkeit“<sup>1</sup> brauche. Sowohl bei der Aushandlung des 13-Punkte-Plans zur Beendigung der Kämpfe in der Ost-Ukraine (Minsk II) im Februar 2015 als auch bei den zahlreichen gemeinsamen Reisen der Außenminister Steinmeier und Fabius zu den außen- und sicherheitspolitischen Krisenherden der Gegenwart verdeutlichten Berlin und Paris ihren Willen, das Gewicht der EU in der internationalen Politik zu erhöhen.

Gleichwohl stagniert die bilaterale Kooperation in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik und damit auch die Fähigkeit beider Länder, gemeinsame Impulse für Europa zu geben: Nicht „Europäisierung“ ist auf diesem Politikfeld das Gebot der Stunde; vielmehr stehen die Zeichen hier auf eine gewisse Erosion der erzielten Fortschritte.

### **Deutsch-französische Stagnation in der sicherheits- und verteidigungspolitischen Kooperation**

Die Zusammenarbeit in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik gehört traditionell zu den schwierigeren Feldern der deutsch-französischen Zusammenarbeit. Der Begriff „Vernunftfehe“ stand hier lange Zeit stellvertretend für die bilaterale Kooperation. Zu un-

---

<sup>1</sup> Erklärung der Bundeskanzlerin, Sitzungsbericht vom 7. Oktober des Europäischen Parlaments, verfügbar auf der Website des Parlaments <http://www.europarl.europa.eu/plenary>